

Medienmitteilung

Kantonale Pensionskasse – Lohn-Affäre

Forderung: Absolute Transparenz und Rückforderung Risikobeitrag

Für die BDP Kanton Solothurn ist nach den neuesten Medienberichten klar, dass per sofort und in Zukunft die Entscheide der PKSO absolut transparent sein müssen. Zudem fordert die BDP Kanton Solothurn den nachträglichen Abzug der 0.5 Lohnprozent Risikobeitrag, welcher im Jahr 2015 fälschlicherweise nicht eingefordert wurde.

Für die BDP Kanton Solothurn ist klar, dass die Informationspolitik der PKSO per sofort geändert werden muss. Es kann nicht sein, dass mit der Ausfinanzierung der Solothurner Pensionskasse der Geschäftsbericht 2015 ein Milliardendefizit ausweist, sich die Solothurnerinnen und Solothurner verschulden und die Verantwortlichen der PKSO machen was sie wollen ohne dabei die Bevölkerung zu informieren. Die Bevölkerung hat in den Augen der BDP Kanton Solothurn ganz klar das Recht zu erfahren, welche Entscheide die PKSO fällt. Daher fordert die BDP Kanton Solothurn auf diesem Weg ab sofort die absolute Transparenz der durch die PKSO-Verwaltung gefällten Entscheide. Nur so ist es überhaupt möglich den angeschlagenen Ruf der PKSO wiederherzustellen. Dies ändert jedoch nichts daran, dass die rückwirkende massive Lohnerhöhung des PKSO-Chefs ein absolutes No-Go ist!

Eine weitere Forderung der BDP Kanton Solothurn ist, dass das im Jahre 2015 zu wenig abgezogene 0.5 Lohnprozent Risikobeitrag nachträglich eingefordert wird. Ob dies mit einem nachträglichen Abzug oder Rückforderung geschieht ist nebensächlich. Diese rund 3 Mio. Franken müssen jedoch kompromisslos eingefordert werden!

Für die BDP Kanton Solothurn ist klar, dass diese Forderungen auf keiner rechtlichen Grundlage basieren. Sie ist jedoch davon überzeugt, dass die Mehrheit der Solothurner Bevölkerung diese Forderungen ebenfalls unterstützen!

Auskunft:

Markus Dietschi, Präsident BDP Kanton Solothurn 079 673 93 78
Martin Flury, Kantonsrat, 079 720 89 51

12.04.2016